



Philippinen - Gegen Straflosigkeit – Für Gerechtigkeit

Übersetzung durch die Philippinen-Koordinationsgruppe der Deutschen Sektion von Amnesty International
Verbindlich ist das englische Original „WITNESSING JUSTICE – BREAK THE CHAIN OF IMPUNITY“, July 2008
Index: ASA 35/003/2008

Auf den Philippinen kam es Berichten zufolge seit 2001 zu mindestens 200 politischen Morden und 200 Fällen von Verschwindenlassen“, allerdings abnehmend im Jahr 2007. Die Ermittlungen der Fälle blieben überwiegend erfolglos; Verhaftungen, Strafverfolgung und Verurteilungen der Verantwortlichen sind eine Seltenheit. Schuld daran tragen Verzögerungen und Mängel bei der Strafverfolgung.

Manche Fälle werden aus Mangel an Beweisen niemals vor Gericht gebracht. Meist weil die Zeugen Repressalien befürchten. Amnesty International ist der Überzeugung, dass umfassende Ermittlungen und weitere Maßnahmen wie der effektive Schutz von Zeugen, um deren angstfreies Auftreten zu ermöglichen, notwendig sind, um die Straflosigkeit zu beenden.

Morde werden meistens von nicht identifizierten Männern begangen, die oft Gesichtsmasken tragen, ihre Opfer erschießen und anschließend auf Motorrädern flüchten. Die Opfer sind typischerweise Mitglieder linker politischer Parteien, von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften. Ebenfalls betroffen sind Journalisten und Führungspersonlichkeiten aus Kirche und indigenen Kommunen. Sie erhalten oft Todesdrohungen, die den Morden vorausgehen. Ein Großteil der Betroffenen klagte über Überwachung durch Personen, die nach Berichten mit den Sicherheitsbehörden in Verbindung gebracht werden können. Detaillierte Berichte von Amnesty International, der UN u.a. verdeutlichen, dass es sich nicht um zusammenhanglose Serien krimineller Morde handelt, sondern um ein politisch motiviertes Muster gezielter Tötungen.



Demonstranten zeigen während einer Demonstration im September 2006 am Heldendenkmal in Quezon City, nördlich von Manila Transparente und Porträts von mutmaßlichen Opfern politischer Morde. Verzögerungen und ineffektive Ermittlungen führen dazu, dass wenigen Verantwortlichen der Prozeß gemacht wird und Familien kämpfen unermüdlich für eine Verbesserung der Prozessführung.

Politischer Hintergrund

Fast vier Jahrzehnte lang bekämpften sich Regierungstruppen und kommunistische Untergrundkämpfer, hauptsächlich jene der *kommunistischen Partei der Philippinen* (CPP) und ihres bewaffneten Armes, der Neuen Volksarmee (*New People's Army* - NPA) sowie deren Dachorganisation, die Nationaldemokratische Front (*National Democratic Front of the Philippines* - NDFP) in einem blutigen bewaffneten Konflikt.

Während Friedensverhandlungen in den 90er Jahren erfolgten positive Schritte, darunter das Abkommen *CARHRIHL* (*Comprehensive Agreement on the Respect for Human Rights and International Humanitarian Law*) über einen Überwachungsprozess bei möglichen Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen beider Seiten. Seit 2002 stocken die Verhandlungen jedoch.

Armut, Ungleichheit, schlechte Regierungsführung und anhaltende Menschenrechtsverletzungen heizen den Konflikt an.

2006 wurde der wachsenden Opposition gegen die Regierung mit einem Rundumschlag gegen die linksgerichteten Bewegungen begegnet. Im Februar 2006 erklärte die Regierung den *Ausnahmezustand* und viele linke Kongressabgeordnete wurden unter der Anklage der Rebellion verhaftet oder die Verhaftung wurde angedroht.

Im Juni erklärte das Militär einen *totalen Krieg* gegen die Aufständischen und verstärkte die Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung. Legale linksgerichtete politische Parteien und andere Organisationen wurden in zunehmendem Maße als Frontorganisationen der bewaffneten Gruppen und als *Staatsfeinde* gebrandmarkt. 2008 verstärkte das Militär seine Anstrengungen, den kommunistischen Aufstand niederzuschlagen durch die Rekrutierung von 3000 zusätzlichen Soldaten.



Militärpolizei beobachtet im Juni 2006 eine Demonstration in Quezon City, nördlich von Manila. Die Teilnehmer - viele tragen Masken - sind vor allem Angehörige getöteter Aktivisten, die Gerechtigkeit für ihre Angehörigen und die Festnahme der Täter fordern

SICHE BUSTAMANTE GANDINAO

Am 10. März 2007 wurde Siche Bustamante Gandinao, eine 56 Jahre alte Mutter von sechs Kindern, erschossen, als sie mit ihrer Familie vom Feld kam. Der alleinige Schütze floh hinter eine nahegelegene Militäranlage. Während Siches Familienmitglieder ihre Leiche in ein Krankenhaus brachten, näherten sich ihnen zwei Männer auf Motorrädern. Siches Tochter hatte eines der Motorräder vor der Militäranlage gesehen. Die Männer rannten davon, als die Tochter rief, um den Schützen zu identifizieren. In der Untersuchung des Falles bei der Polizei gab es bisher keine Fortschritte.

Siche hatte im Vorfeld vor dem UN Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen ausgesagt, der im Februar 2007 den Mord an ihrem Schwiegervater Dalmacio Gandinao untersuchte. Er war der lokale Vorsitzende der linken Oppositionspartei Bayan Muna (Peoples First), der auch Siche angehörte. Siche war ebenfalls eine Aktivistin für die Wohlstandsverbesserung von Bauern.

Wirkungslose Untersuchungen

2006 rief Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo auf internationalen Druck die Task Force Usig (TFU), eine spezielle Polizeieinheit zur Untersuchung politischer Morde, ins Leben. Ebenfalls wurde eine spezielle Untersuchungskommission, die Melo-Kommission etabliert, um politische Empfehlungen im Zusammenhang außergerichtlicher Hinrichtungen zu geben. Ihr Mandat endete im Juni 2007.

Obwohl diese Maßnahmen willkommen geheißen wurden, drängte Amnesty International die Behörden wiederholt, weitere Schritte zu unternehmen, um Untersuchungen und strafrechtliche Verfolgung in Fällen politischer Morde und gewaltsamen Verschwindenlassen zu verbessern. Diese Schritte sollten unabhängige forensische Gutachten sowohl für die Untersuchungen als auch die Strafverfolgung beinhalten, als auch die Schaffung eines unabhängigen Gremiums, das die Ermittlungen überwacht und Unparteilichkeit gewährleistet.

Bis Januar 2008 hatte die TFU 141 Fälle untersucht und 80 strafrechtliche Anklagen eingeleitet. Jedoch führen wenige Anklagen zu Verurteilungen, weil die Ermittlungen mangelhaft sind. Beispielsweise befand die Melo-Kommission im Falle von Major General Jovito Palparan, dass er bei der Verhinderung, Bestrafung und Verurteilung von Tötungen versagte. Es hatte in den Gebieten Zentral Luzon und Mindoro, wo Truppen 2006 unter seiner Befehlsgewalt operierten, einen beträchtlichen Anstieg von Tötungen und gewaltsamem Verschwindenlassen gegeben. Dennoch konnte er nicht angeklagt werden, weil keine Zeugen auftraten, um Beweise vorzubringen.

Der Erfolg der TFU und der Melo Kommission, den Überlebenden und Angehörigen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hält sich in Grenzen. Betroffene Familien nennen hier zuerst Mängel in der Justiz wie verzögerte Ermittlung und eine unzureichende Analyse des Tatortes, die zu einem Mangel an forensischen Beweisen führt. Hinzu kommt die Weigerung, verdächtige Militär- oder Polizeiangehörige zu befragen. Die wenigen bisher erfolgreichen Verurteilungen betreffen lediglich Morde an Opfern aus dem Medienbereich. Die Mehrzahl der Verantwortlichen für Morde oder gewaltsame Verschleppung linker Parteiaktivisten oder –mitglieder wurden bis heute nicht strafrechtlich verfolgt.

Verletzliche Zeugen

Zeugen, die sich der staatlichen Ermittlung der Behörden zur Verfügung stellen, sind in hohem Maße Einschüchterungen und Vergeltungsmaßnahmen ausgeliefert. Es kommt sogar zu Todesfällen. Viele beklagten sich wiederholt über das Versagen der Polizei, ihnen und ihren Familien Schutz zu bieten. Sie gaben an, diesbezüglich das Vertrauen in die Fähigkeiten des Justizministeriums verloren zu haben.

RAYMOND UND REYNALDO MANALO

Am 14. Februar 2006 wurden die Brüder Raymond und Reynaldo Manalo – beide Bauern – verdächtigt, mit dem kommunistischen Aufstand zu sympathisieren. Sie wurden mit Gewalt von nicht identifizierten bewaffneten Männern aus ihrem Haus entführt. Einer späteren Aussage zufolge wurden sie zu verschiedenen militärischen Gefangenenlagern gebracht und 18 Monate lang gefoltert. Sie waren angekettet, wurden schwer geschlagen, und man goss Wasser in ihre Nasen, Ohren und Münder.

Am 13. August 2007 flohen die beiden Bauern aus der Gefangenschaft. Sie erzählten, während der Gefangenschaft gesehen zu haben, wie zwei weitere Verschleppte – Sherlyn Cadapan und Karen Empeno - gefoltert wurden. Die beiden Frauen, die Mitglieder von linken Jugendorganisationen waren, wurden im Juni 2006 entführt und werden nach wie vor vermisst. Raymond Manalo berichtete, dass er ebenfalls Zeuge des Mordes an Manuel Merino wurde, eines Bauern, der gemeinsam mit den Frauen entführt wurde. Er gab an, Major General Jovito Palparan erkannt und gesprochen zu haben, der in viele politische Morde verwickelt war aber nie zur Verantwortung gezogen wurde.

Raymond und Reynaldo Manalo haben nach ihren Aussagen kein Vertrauen in das Zeugenschutzprogramm, das sie vor Einschüchterung schützen soll. Ihre Verwundbarkeit gegenüber Angriffen, Belästigung und Gewalt wurde weiterhin durch die Ablehnung des Obersten Gerichts verstärkt, ihrem Ersuchen einer Erweiterung der einstweiligen Verfügung gegen das Militär stattzugeben.

Trotz anfänglicher Anstrengungen von Seiten des Senats und der Präsidentin, das Zeugenschutzprogramm zu verbessern, muss mehr getan werden, um die Zeugen zu Aussagen zu ermutigen. Das Zeugenschutzgesetz - *Witness Protection, Security and Benefit Act* - von 1991 gesteht Zeugen und angehörigen Familienmitgliedern eine Wohnung, eine Umsiedlung und/oder Änderung der Identität samt Kosten zu, sowie Möglichkeiten zur Unterhaltssicherung und zur medizinischen Versorgung.

Aber in der Realität geschieht dies selten. Starke Verzögerungen von Gerichtsentscheidungen sind Gang und Gäbe. Geht der Fall negativ aus, wird der Schutz aberkannt, obwohl die Bedrohung anhält. Das ist eine klare Verletzung internationaler Gesetze und Standards, die Zeugenschutz zu jeder Zeit gewähren, solange es nötig ist, unabhängig von den Resultaten gerichtlicher Prozesse.

Strafen gegen jene, die Zeugen einschüchtern (ungefähr 65 US-Dollar und/oder sechsmonatige bis einjährige Haft) haben sich als unangemessenes Abschreckungsmittel herausgestellt.

Im Verlaufe des Jahres 2008 erzählten Zeugen Amnesty International, dass sie lieber ihre Häuser verlassen hatten oder Schutz in Kirchen suchten, als das Zeugenschutzprogramm in Anspruch zu nehmen.



Mitglieder einer Spezialeinheit der Polizei trainieren im Juli 2005 den Gebrauch von Sturmgewehren im Camp Bagong Diwa, dem Polizeicamp von Manila. Das Militär rekrutierte 3000 neue Soldaten im Verlaufe des Jahres 2008, um den kommunistischen Aufstand zu brechen.

JETZT HANDELN

Schreiben Sie an die Präsidentin der Philippinen und rufen Sie sie auf, dringend:

- sicherzustellen, dass alle außergerichtlichen Hinrichtungen und Fälle gewaltsamen „Verschwindenlassens“ sofort, unparteiisch und effektiv ermittelt werden
- sicherzustellen, dass alle Personen, die verdächtigt werden, für außergerichtliche Hinrichtungen „Verschwindenlassens“ verantwortlich zu sein, gerichtlich verfolgt werden. Die Prozesse sollen internationalen Standards der Fairness entsprechen
- zu gewährleisten, dass alle Zeugen wirksam und unabhängig vom Ergebnis des Prozesses, geschützt werden, solange es notwendig ist
- dafür zu sorgen, dass Personen, die der Belästigung, Einschüchterung oder des Angriffs von Zeugen verdächtigt werden, vor Gericht gebracht werden
- ein unabhängiges Gremium zur Überwachung der Ermittlungen zu schaffen

Schreiben Sie an die Präsidentin:

Her Excellency
Gloria Macapagal Arroyo
Malacanang Palace Compound
J.P. Laurel Street, San Miguel 1005
Manila, Philippines
Fax: +632.736.1010
Email: corres@op.gov.ph
Salutation: Dear President

Kopien an den Justizminister:

Hon. Raul M. Gonzales
Secretary of Justice,
Department of Justice
Padre Faura St., Ermita,
Manila, Philippines
Fax: +632.521.8349
Email: sad@doj.gov.ph

Weitere Informationen unter: <http://asiapacific.amnesty.org>